



# Präsidium Deutsches Reich

des seit 1871 existierenden Staatenbundes Deutsches Reich  
innerhalb der Reichsgrenzen zwei Tage vor Ausbruch des  
1. Weltkrieges und für den Freistaat Preußen im Rechtsstand  
vom 18. Juli 1932 wiederhergestellte Handlungsfähigkeit  
seit 3. Oktober 2015 gemäß völkerrechtskonformer  
Reorganisation der Gliedstaaten

Sehr geehrte Exzellenz Herr Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika Trump,  
sehr geehrte Exzellenz Herr Präsident der Russischen Föderation Putin,  
sehr geehrte Exzellenz Frau Premierministerin des Vereinigten Königreichs Großbritannien und  
Nordirland May,  
sehr geehrte Exzellenz Herr Präsident der Republik Frankreich Macron,

im Namen aller Staatsangehörigen der sich im rechtfertigenden Notstand gemäß Bürgerlichem  
Gesetzbuch (BGB) §§ 227, 228, 229 in Reorganisation befindenden Glied-/Bundesstaaten des  
Staatenbundes Deutsches Reich, im Namen der indigenen deutschen Völker im Rechts- und  
Gebietsstand 1914, zwei Tage vor Ausbruch des 1. Weltkrieges, für den Freistaat Preußen gilt der  
Verfassungsstand 30. November 1920 und der Rechtsstand 18. Juli 1932, zwei Tage vor der  
gewaltsamen Okkupation durch das Hitler-Regime (Preußenschlag), fordern wir, die  
administrativen Notregierungen der sich in Reorganisation befindenden deutschen Staaten, unsere  
Bodenrechte ein.

Wie offenkundig bekannt ist, war Deutschland nicht Auslöser des 1. Weltkrieges und am 2.  
Weltkrieg haben die deutschen Völker in den einzelnen souveränen Gliedstaaten im Staatenbund  
Deutsches Reich nicht teilgenommen. Beteiligt am 2. Weltkrieg war das 3. Reich, dessen  
Rechtsnachfolgerin die Bundesrepublik Deutschland ist. Dies wurde mit Urteil des Internationalen  
Strafgerichtshofes in Den Haag am 3. Februar 2012 gerichtsbekannt bestätigt.

Seit 1945 ist das Territorium des Deutschen Reichs (Deutschland) durch die Alliierten Mächte des 2.  
Weltkrieges erneut besetzt. Nach über 90 Jahren Fremdherrschaft fordern wir, die indigenen  
Völker des Staatenbundes Deutsches Reich, die Wiederherstellung der staatlichen Verwaltungen  
und der kommunalen Selbstverwaltung in den einzelnen Glied-/Bundesstaaten gemäß Grundgesetz  
für die Bundesrepublik Deutschland (GG) Art. 25, 123 und 28 i. V. m. den Ausführungsgesetzen zur  
Restitution/Reorganisation (AzRR) des Deutschen Reichs vom 27. November 2016, auf der  
Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Die AzRR regeln den Gegenstand „Abbau der  
besatzungsrechtlichen Ordnung“ im GG Art. 79.

Wir, die indigenen Völker der deutschen Staaten, lehnen das UN-Gewohnheitsrecht ab und  
bestehen auf Einhaltung des Völkervertragsrechtes.  
Das Gewohnheitsrecht kann nur Rechtskraft entwickeln, wenn es von allen Beteiligten als  
rechtsverbindlich anerkannt wird (*opinio iuris*). Fehlt die *opinio iuris*, handelt es sich um eine bloße  
Gewohnheit, die allein kein Recht schaffen kann.

Die Bundesrepublik Deutschland, sich auch unter Namensmissbrauch irreführend Deutschland  
nennend (nachfolgend BRD genannt) als Rechtsnachfolgerin des 3. Reichs ist hier auf dem  
Territorium des Deutschen Reichs nicht der Staat und auch als solcher von der Völkergemeinschaft



wegen der fehlenden opinio iuris nicht anzuerkennen, da dies eine feindliche Annexion darstellt. Die Anerkennung der BRD als Staat und Völkerrechtssubjekt kann nur im Zusammenhang mit ihrem Staatsterritorium „Neuschwabenland“, welches in der Zeit 1938/39 durch das 3. Reich völkerrechtskonform abgesteckt wurde, erfolgen.

Somit schafft das UN-Gewohnheitsrecht für den Staatenbund Deutsches Reich kein Recht und das höherrangige Völkervertragsrecht ist anzuerkennen, ius cogens.

Gemäß des internationalen Haager Abkommens „betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs“ (Haager Landkriegsordnung, HLKO), das 1907 im Rahmen der Nachfolgekonzferenz als viertes Haager Abkommen in leicht geänderter Fassung erneut angenommen wurde und welches das wichtigste Abkommen neben den Genfer Konventionen und ein wesentlicher Teil des humanitären Völkervertragsrechts ist, sind die Grenzen der Glied-/Bundesstaaten des Staatenbundes Deutsches Reich im Gebietsstand 1914, zwei Tage vor Ausbruch des 1. Weltkrieges wieder herzustellen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist zu gewähren (Unterzeichner des Haager Abkommens vom 18. Oktober 1907 waren u. a. Deutschland, die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, Großbritannien, Russland).

Zugleich fordern wir die Beendigung aller kriegerischen Handlungen, die infolge von Vereinbarungen, Feindstaatenklauseln der Vereinten Nationen/United Nations (UN) und aller Feindstaaten gegenüber dem Deutschen Reich, insbesondere gegen die Staatsangehörigen der indigenen deutschen Völker sowie gegen die Staatenlosen durch die BRD – als Nichtregierungsorganisation und Mitglied der UN – geführt werden, in Verbindung mit den daraus resultierenden Restitutionspflichten gemäß § 185 Völkerrecht, Beendigung des völkerrechtswidrigen Verhaltens und Wiederherstellung des Status quo ante (bellum) für die Staaten und den seit 1871 existierenden Staatenbund Deutsches Reich in den Reichsgrenzen zwei Tage vor Ausbruch des 1. Weltkrieges.

**Für beide Weltkriege gilt, daß der Fortbestand der Staatsgewalt des okkupierten Staates ein fundamentales Prinzip des (kriegs-) völkerrechtlichen Okkupationsrechts darstellt, welches daher weder zur Erlangung territorialer Souveränität führt noch deren Ergreifung rechtfertigt. Die Staatsgewalt des besetzten Staates erlischt alleine durch die militärische Besetzung eines Staates nicht und es findet alleine hierdurch kein Souveränitätswechsel statt. Weder die Haager Landkriegsordnung noch sonstiges Völkerrecht vermittelt der Besatzungsmacht Souveränitätsrechte im Besatzungsgebiet, insbesondere kein territoriales ius disponendi, weshalb territoriale Veränderungen durch eine Besatzungsmacht keine dauerhafte völkerrechtliche Wirkung für den besetzten Staat erzeugen können.**

**Die militärische Besetzung und die während ihrer Dauer getroffenen provisorischen Maßnahmen der Besatzungsmacht/Besatzungsmächte beeinträchtigt als solche die Existenz des Staates somit nicht. Dies gilt auch dann, wenn es zur vollständigen Ausschaltung der Staatsgewalt des besetzten Staates gekommen ist. Mangels Souveränität der Besatzungsmacht kann diese auch keine Souveränität auf einen im Besatzungsgebiet etablierten „neuen Staat“ übertragen, insbesondere nicht auf**



## einen nicht aus sich heraus lebensfähigen und daher nichtstaatlich zu betrachtenden Scheinstaat „puppet state“.

Die Alliierten des 2. Weltkrieges setzten eine Verwaltung in den Besatzungszonen ein (im GG Art. 133 werden die Besatzungszonen als „Vereinigtes Wirtschaftsgebiet“ bezeichnet), die, betitelt als Bund/Bundesrepublik Deutschland/BRD/Deutschland/Germany etc. pp., bis heute von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika/USA im Hintergrund beeinflusst wird und u. a. durch Geheimverträge in Abhängigkeiten von ihr steht (Kanzlerakte, G-10-Verträge, Nato-Truppenstatut, Nato-Geheimverträge etc. pp.).

Zwar erfolgten in den frühen fünfziger Jahren einseitige Erklärungen der Siegermächte zur Beendigung des Kriegszustandes, gleichzeitig hält man aber an der eingesetzten Fremdverwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ fest.

Das Verhalten der Alliierten entspricht nicht der occupatio bellica, sondern geht weit über die kriegsvölkerrechtlichen Grenzen einer Besatzung hinaus.

## Die Siegermächte und Besatzermächte mißachteten in beiden Weltkriegen den durch die Haager Landkriegsordnung vorgegebenen Rahmen.

Auch die Bundesregierung der BRD gab am 27. Februar 1998 auf eine Frage des Abgeordneten Kröning hinsichtlich der Vereinbarkeit des erlassenen Besatzungsrechtes mit Art. 43 HLKO die Überschreitung des rechtlichen Rahmens zu, erklärte ihn aber nicht!

Die BRD erklärte sogar am 17. Juli 1990, daß Friedensverträge oder Friedensregelungen nicht beabsichtigt sind!

Die völkerrechtliche territoriale Souveränität liegt in den 26 Staaten des seit 1871 existierenden Staatenbundes Deutsches Reich, wie sie in seiner Bundessatzung, der sogenannten Verfassung des Deutschen Reichs vom 16. April 1871, im Artikel 1 seiner letzten gültigen Fassung, zwei Tage vor Ausbruch des 1. Weltkrieges benannt sind. Am 31. Mai 1911 kam das Reichsland Elsaß-Lothringen mit einer eigenen Verfassung dazu. Die in den Staaten des seit 1871 existierenden Staatenbundes Deutsches Reich lebenden indigenen deutschen Völker und ihre Nachfahren/Abkömmlinge, welche die Staatsangehörigen der Staaten des Staatenbundes Deutsches Reich sind, besitzen ihre durch Abstammung erhaltene Staatsangehörigkeit in diesen Staaten, gemäß § 1 Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) vom 22. Juli 1913 (z.B. Staatsangehörigkeit in Baden, in Bayern, in Preußen, in Sachsen, in Württemberg), dort heißt es:

*„Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit besitzt.“*

Es gilt das Abstammungsprinzip ius sanguinis, denn nur die Staatsangehörigen in den Glied-/Bundesstaaten des Staatenbundes Deutsches Reich sind die Erben ihrer Vorfahren und haben das Recht auf den **Grund und Boden** auf dem Territorium des Deutschen Reichs und sind die Rechteinhaber und der Souverän.

Das Deutsche Reich ist nicht untergegangen. Es besitzt nach wie vor seine Rechtsfähigkeit und hat am 03. Oktober 2015 die Handlungsfähigkeit des Präsidiums des Deutschen Reichs proklamiert.

Die Reorganisation des Staatenbundes Deutsches Reich wurde mehrfach und in zahlreichen Schreiben den Alliierten mitgeteilt. Über die Staatsangehörigkeitsausweise der sich in Reorganisation befindenden Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs wurden nahezu alle



Staaten in Kenntnis gesetzt. Diese Staatsangehörigkeitsausweise sind von der internationalen Völkergemeinschaft wieder anzuerkennen.

Alle Rechte sind den Staatsangehörigen der indigenen deutschen Völker im Staatenbund Deutsches Reich gemäß Status quo ante bellum zu gewähren unter Beachtung des „Heimkehrerrechtes“ und Rückgabe ihrer ursprünglichen Rechte ius postliminii, im Rechts- und Gebietsstand 1914, zwei Tage vor Ausbruch des 1. Weltkrieges. Für den Freistaat Preußen gilt der Rechtsstand 18. Juli 1932, zwei Tage vor der gewaltsamen Übernahme durch das Hitler-Regime (Preußenschlag).

Es wird klargestellt, daß die BRD gemäß GG Art. 133 lediglich die eingesetzte Verwaltung auf dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet ist. Sie hat gemäß HLKO-Anlage zum Abkommen Art. 43 alle Vorkehrungen zu treffen, um die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben aufrechtzuerhalten und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.

Da die BRD die zugunsten der Staaten bestehenden Steuern, Abgaben, Zölle und Gebühren auf dem Teilterritorium des Deutschen Reichs erhebt, ist sie gemäß HLKO-Anlage zum Abkommen Art. 48 i. V. m. GG Art. 120 verpflichtet, die Kosten der Verwaltung des besetzten Gebietes zu tragen. Daraus ergibt sich auch für die BRD die Verpflichtung, gemäß den Ausführungsgesetzen zur Restitution/Reorganisation des Deutschen Reichs (AzRR) vom 27. November 2016 i. V. m. GG Art. 79, die Kosten während der Zeit der Reorganisation und der Wiederherstellung der staatlichen Verwaltung und der staatlichen Organe zu tragen!

Gemäß HLKO-Anlage zum Abkommen Art. 49 darf die BRD die erhobenen Abgaben nur zur Deckung der Bedürfnisse des Heeres und der Verwaltung verwenden.

In der Praxis hingegen verwendet die BRD die erhobenen Geld-Abgaben für Kriegstreiberei in anderen Ländern, für Bankenrettungen, für die EU und „Spenden“ an viele andere ausländische Organisationen und veruntreut das Vermögen der deutschen Völker, ohne die Kosten der Reorganisation der Glied-/Bundesstaaten zu tragen!

Zudem überfallen bewaffnete BRD-POLIZEI-, SEK- und andere Sondereinheiten die Büros der sich in Reorganisation befindenden Staaten, rauben alle Daten, Dokumente, insbesondere Abstammungsdokumente und die gesamte technische Büroausrüstung wie PC's, Drucker, Faxgeräte, Datenträger aller Art und mehr und sabotieren den Prozeß der Reorganisation.

**Die BRD setzt das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vorsätzlich und willkürlich außer Kraft und hat mit den bewaffneten Überfällen auf die Zivilbevölkerung den Waffenstillstand bereits gebrochen!**

Daher fordern wir, die indigenen Völker der deutschen Staaten im Staatenbund Deutsches Reich,

1. die Rückgabe der Bodenrechte und die Rückgabe des Grund und Bodens an die indigenen deutschen Völker, die rechtmäßigen Erben des Territoriums des Deutschen Reichs in den einzelnen souveränen Staaten,
2. die sofortige Aufhebung der Besetzung und der Fremdherrschaft auf dem Territorium der Glied-/Bundesstaaten im Staatenbund Deutsches Reich,
3. die sofortige Einleitung des Prozesses der Wiederherstellung der staatlichen und kommunalen Selbstverwaltung,
4. die Wiederherstellung der staatlichen Judikativ- und Exekutiv- Organe,

5. die Wiederanerkennung der Souveränität der einzelnen Glied-/Bundesstaaten im Staatenbund Deutsches Reich,

auf der Grundlage der vertraglich geschlossenen internationalen Abkommen, wie insbesondere der Haager Landkriegsordnung, der Genfer Menschenrechtskonventionen und dem damit verbundenen Völkervertragsrecht gemäß den Ausführungsgesetzen zur Restitution/Reorganisation des Deutschen Reichs vom 27. November 2016.

**Wir, die indigenen Völker des Staatenbundes Deutsches Reich,  
übernehmen die Funktion des persistent objector.**

**Wir verzichten nicht auf unsere Bodenrechte und auf die damit  
verbundenen Völkerrechte – ius cogens – und fordern diese nach fast  
100 Jahren ein auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der  
Völker und auf der Basis eines friedlichen Zusammenlebens mit dem  
höchsten Respekt und der Anerkennung aller souveränen Staaten in  
ihren Staatsgrenzen.**

Es liegt in der Hand der alliierten Mächte, in Ihren Händen, sehr geehrte Exzellenz Herr Präsident Trump, sehr geehrte Exzellenz Herr Präsident Putin, sehr geehrte Exzellenz Frau Premierministerin May, sehr geehrte Exzellenz Herr Präsident Macron, die Souveränität der deutschen Staaten im Staatenbund Deutsches Reich wieder anzuerkennen und den Menschen der indigenen Völker ihre Menschenrechte und ihre Menschenwürde zurückzugeben.

Anlage: Ausführungsgesetze zur Restitution/Reorganisation des Deutschen Reichs vom  
27. November 2016

Gegeben zu Berlin am 24. Juni 2017

Hochachtungsvoll



*Beate Maria a. d. F. Rude  
Ada Cornelia a. d. F. Reichhelm*





Hann Franz Dethlef  
a. d. F. Gerdaß



jünger Josef a. d. F. Jecher  
Kinde Maria a. d. F. Kille



Monika a. d. F. Sedlmeir  
Wolfgang a. d. F. ✓



Johann Karl Kriebitz m. d. F. Hammer  
Johann a. d. F. Sch



Georg a. d. F. Zebner



Karl-Dietrich a.d.F. Maier  
Kab- a.d.F. —



Boch Günter a.d.F. Fuhmann



Manion Sir a.d.F. Fuhmann



Karl a.d.F. Geiselhart  
Andreas a.d.F. Weyner



Nicola Summi a. d. F. Will  
Claudia Ingeborg a. d. F. Roper  
Benjamin Walter Hermann a. d. F. Ficht  
Gabriele a. d. F. Gottlieb  
Hans Bernhard Wilfried Paul a. d. F. Noack



Karl Andreas a. d. F. Müller  
Johann a. d. F. Degelmann



Andreas a. d. F. Dieler



Date & Time : 26-JUN-2017 13:16 MON  
 Model Name : M267x 287x Series  
 Machine Serial Number : ZEA5BJCG7001M6W  
 Host Name : SEC30CDA7AAF440

No	Name/Number	Start Time	Time	Mode	Page	Result
713	0302299397	26-06	12:28 47'11"	G3	041/041	OK



## Deutsches Reich

des seit 1871 existierenden Staatenbundes Deutsches Reich  
 innerhalb der Reichsgrenzen 2 Tage vor Ausbruch des  
 1. Weltkriegs und für den Freistaat Preußen im Rechtsstand  
 vom 18. Juli 1932 wiederhergestellte Handlungsfähigkeit  
 seit 3. Oktober 2015 gemäß völkerrechtskonformer  
 Reorganisation der Gliedstaaten

Präsidium des Deutschen Reichs  
 Reichsamt für Auswärtige Angelegenheiten  
 Crinitzer Str. 19 C  
 [15926] Fürstlich Drehna  
 Hans Franz Detlef a.d.F. Burdack  
[www.Staatenbund-DeutschesReich.info](http://www.Staatenbund-DeutschesReich.info)

### Diplomatische Korrespondenz

26-06/17 DR

Sehr geehrte Exzellenz Herr Präsident Putin, sehr geehrte Exzellenz Herr Botschafter Grinin,

ich, der bestellte Vertreter der administrativen Regierung des Staates Freistaat Preußen für den Bereich äußere Angelegenheiten und für das Reichsamt für Auswärtige Angelegenheiten, entbiete dem Präsidenten und dem Botschafter der Russischen Föderation im Namen aller Regierungsvertreter der sich in Reorganisation befindenden Staaten im Staatenbund Deutsches Reich meine besten Empfehlungen.

Ich habe die Ehre, Ihren Exzellenzen im Namen des Präsidiums des Deutschen Reichs anbei liegendes Schriftstück zu übersenden.

Wir wünschen uns Frieden für alle Völker dieser Erde auf dem Fundament der Wahrheit.

Anlage: Wichtige Mitteilung an die Alliierten Mächte vom 24. Juni 2017

Gegeben zu Fürstlich Drehna am 26. Juni 2017

Mit freundlichen Grüßen



Hans Franz Detlef  
 a. d. F. Burdack

Vertretungen Russische Föderation  
 Botschaft  
 S.E. Herr Grinin  
 Unter den Linden 63 - 65  
 [10117] Berlin  
 S.E. Herr Präsident Putin

Vorab per Fax: 030 229 93 97

# Fax Confirmation Image

Page 1

Date & Time : 26-JUN-2017 12:23 MON  
Model Name : M267x 287x Series  
Machine Serial Number : ZEA5BJCG7001M6W  
Host Name : SEC30CDA7AAF440

No	Name/Number	Start Time	Time	Mode	Page	Result
712	03083051050	26-06	11:33 49'30"	G3	041/041	OK



## Deutsches Reich

des seit 1871 existierenden Staatenbundes Deutsches Reich  
innerhalb der Reichsgrenzen 2 Tage vor Ausbruch des  
1. Weltkriegs und für den Freistaat Preußen im Rechtsstand  
vom 18. Juli 1932 wiederhergestellte Handlungsfähigkeit  
seit 3. Oktober 2015 gemäß völkerrechtskonformer  
Reorganisation der Gliedstaaten

Präsidium des Deutschen Reichs  
Reichsamt für Auswärtige Angelegenheiten  
Crinitzer Str. 19 C  
[15926] Fürstlich Drehna  
Hans Franz Detlef a.d.F. Burdack  
[www.Staatenbund-DeutschesReich.info](http://www.Staatenbund-DeutschesReich.info)

### Diplomatische Korrespondenz

26-06/17 DR

Sehr geehrte Exzellenz Herr Präsident Trump, sehr geehrte Exzellenz Herr Interims-Botschafter  
Logsdon,

ich, der bestellte Vertreter der administrativen Regierung des Staates Freistaat Preußen für den  
Bereich äußere Angelegenheiten und für das Reichsamt für Auswärtige Angelegenheiten, entbiete  
dem Präsidenten und dem Interims-Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika im Namen  
aller Regierungsvertreter der sich in Reorganisation befindenden Staaten im Staatenbund  
Deutsches Reich meine besten Empfehlungen.

Ich habe die Ehre, Ihren Exzellenzen im Namen des Präsidiums des Deutschen Reichs anbei  
liegendes Schriftstück zu übersenden.

Wir wünschen uns Frieden für alle Völker dieser Erde auf dem Fundament der Wahrheit.

Anlage: Wichtige Mitteilung an die Alliierten Mächte vom 24. Juni 2017

Gegeben zu Fürstlich Drehna am 26. Juni 2017

Mit freundlichen Grüßen



Hans Franz Detlef  
a.d.F. Burdack

The White House  
S.E.Mr. Präsident Trump  
1600 Pennsylvania Ave NW  
Washington, DC 20500  
USA

Vorab per Fax:  
0 30 830 510 50 (Botschaft Vereinigte Staaten von Amerika in Berlin, S.E.Mr. Logsdon)



# Fax Confirmation Image

Page 1

Date & Time : 26-JUN-2017 14:07 MON  
Model Name : M267x 287x Series  
Machine Serial Number : ZEA5BJCG7001M6W  
Host Name : SEC30CDA7AAF440

No	Name/Number	Start Time	Time	Mode	Page	Result
714	03020457571	26-06	13:23 42'45"	G3	041/041	OK



## Deutsches Reich

des seit 1871 existierenden Staatenbundes Deutsches Reich  
innerhalb der Reichsgrenzen 2 Tage vor Ausbruch des  
1. Weltkriegs und für den Freistaat Preußen im Rechtsstand  
vom 18. Juli 1932 wiederhergestellte Handlungsfähigkeit  
seit 3. Oktober 2015 gemäß völkerrechtskonformer  
Reorganisation der Gliedstaaten

Präsidium des Deutschen Reichs  
Reichsamt für Auswärtige Angelegenheiten  
Crinitzer Str. 19 C  
[15926] Fürstlich Drehna  
Hans Franz Detlef a.d.F. Burdack  
[www.Staatenbund-DeutschesReich.info](http://www.Staatenbund-DeutschesReich.info)

### Diplomatische Korrespondenz

26-06/17 DR

Sehr geehrte Exzellenz Frau Premierministerin May, sehr geehrte Exzellenz Herr Botschafter Wood,

ich, der bestellte Vertreter der administrativen Regierung des Staates Freistaat Preußen für den Bereich äußere Angelegenheiten und für das Reichsamt für Auswärtige Angelegenheiten, entbiete der Premierministerin und dem Botschafter des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland im Namen aller Regierungsvertreter der sich in Reorganisation befindenden Staaten im Staatenbund Deutsches Reich meine besten Empfehlungen.

Ich habe die Ehre, Ihren Exzellenzen im Namen des Präsidiums des Deutschen Reichs anbei liegendes Schriftstück zu übersenden.

Wir wünschen uns Frieden für alle Völker dieser Erde auf dem Fundament der Wahrheit.

Anlage: Wichtige Mitteilung an die Alliierten Mächte vom 24. Juni 2017

Gegeben zu Fürstlich Drehna am 26. Juni 2017

Mit freundlichen Grüßen



Hans Franz Detlef  
a. d. F. Burdack

Botschaft des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland  
S.E. Herr Wood  
Wilhelmstraße 70  
[10117] Berlin  
S.E. Frau Premierministerin May

Vorab per Fax: 030 20 45 75 71

# Fax Confirmation Image

Page 1

Date & Time : 26-JUN-2017 15:02 MON  
Model Name : M267x 287x Series  
Machine Serial Number : ZEA5BJCG7001M6W  
Host Name : SEC30CDA7AAF440

No	Name/Number	Start Time	Time	Mode	Page	Result
715	030590039110	26-06	14:14 47'53"	G3	026/041	COMM. Error



## Deutsches Reich

des seit 1871 existierenden Staatenbundes Deutsches Reich  
innerhalb der Reichsgrenzen 2 Tage vor Ausbruch des  
1. Weltkriegs und für den Freistaat Preußen im Rechtsstand  
vom 18. Juli 1932 wiederhergestellte Handlungsfähigkeit  
seit 3. Oktober 2015 gemäß völkerrechtskonformer  
Reorganisation der Gliedstaaten

Präsidium des Deutschen Reichs  
Reichsamt für Aufwärtige Angelegenheiten  
Crinitzer Str. 19 C  
[15926] Fürstlich Drehna  
Hans Franz Detlef a.d.F. Burdack  
[www.Staatenbund-DeutschesReich.info](http://www.Staatenbund-DeutschesReich.info)

### Diplomatische Korrespondenz

26-06/17 DR

Sehr geehrte Exzellenz Herr Präsident Macron, sehr geehrte Exzellenz Frau Botschafterin Descôtes,

ich, der bestellte Vertreter der administrativen Regierung des Staates Freistaat Preußen für den Bereich äußere Angelegenheiten und für das Reichsamt für Auswärtige Angelegenheiten, entbiete dem Präsidenten und der Botschafterin der Französischen Republik im Namen aller Regierungsvertreter der sich in Reorganisation befindenden Staaten im Staatenbund Deutsches Reich meine besten Empfehlungen.

Ich habe die Ehre, Ihren Exzellenzen im Namen des Präsidiums des Deutschen Reichs anbei liegendes Schriftstück zu übersenden.

Wir wünschen uns Frieden für alle Völker dieser Erde auf dem Fundament der Wahrheit.

Anlage: Wichtige Mitteilung an die Alliierten Mächte vom 24. Juni 2017

Gegeben zu Fürstlich Drehna am 26. Juni 2017

Mit freundlichen Grüßen



Hans Franz Detlef  
a.d.F. Burdack

Botschaft der Französischen Republik  
S.E. Frau Descôtes  
Pariser Platz  
[10117] Berlin  
S.E. Herr Präsident Macron

Vorab per Fax: 030 590 03 91 10



# Fax Confirmation Image

Page 1

Date & Time : 26-JUN-2017 16:40 MON  
Model Name : M267x 287x Series  
Machine Serial Number : ZEA5BJCG7001M6W  
Host Name : SEC30CDA7AAF440

No	Name/Number	Start Time	Time	Mode	Page	Result
716	030590039110	26-06	16:23 17'15"	G3	016/016	OK

## Gesetz Nr. 6

### Währung

Die Euro-Währung bleibt zunächst erhalten, in der z.Z. üblichen Form, Art und Weise.  
Zu gegebener Zeit erfolgt die Umstellung der Währung auf Reichsmark gemäß gesetzlicher Regelungen.

Dieses Gesetz tritt am Tage seiner ersten Bekanntmachung in Kraft.

Im Auftrag der administrativen Regierungen der sich in Reorganisation befindenden  
Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs sowie des Präsidiums des Deutschen Reichs

### Präsidium des Deutschen Reichs

Administrative Regierungen der sich in Reorganisation befindenden  
Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs

## Gesetz Nr. 7

### Sperre und Beaufsichtigung von Vermögen

#### Artikel I — Arten von Vermögen

1. Vermögen, das direkt oder indirekt, ganz oder teilweise im Eigentum oder unter der Kontrolle der folgenden Personen steht, unterliegt hinsichtlich Besitz und Eigentumsrecht der Beschlagnahme sowie der Weisung, Verwaltung und Aufsicht oder sonstigen Kontrolle der administrativen Regierungen der Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs:

- Die BRD oder eines ihrer Länder, Regierungsbezirke, Landkreise, Städte oder eine andere gleichartige politische Untereinheit, Amtsstelle, Behörde oder Verwaltung, Stiftungen, gemeinwirtschaftliche Nutzungsbetriebe, Unternehmungen, öffentliche Körperschaften oder Monopole, die durch die BRD, Länder, Regierungsbezirke, Landkreise oder eine der sonstigen Verwaltungen oder Behörden der vorgenannten Art kontrolliert werden.
- Die Parteien, deren Ämter, Abteilungen, Stellen oder Organisationen, die zu BRD-Parteien gehören, den BRD-Parteien angeschlossen sind oder von ihnen betreut werden, deren Beamte sowie die leitenden Mitglieder oder Gönner dieser Parteien.
- Alle Personen, die von den administrativen Regierungen der Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs in Haft genommen sind oder sonst wie in Verwahrung gehalten werden, alle Organisationen, Klubs oder andere Vereinigungen, die von den administrativen Regierungen der Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs verboten oder aufgelöst sind.
- Abwesende Personen, eingeschlossen die Regierungen der Glied-/Bundesstaaten und deren Staatsangehörige.
- Alle anderen Personen, deren Namen in von den administrativen Regierungen der Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs veröffentlichten Listen oder auf andere Weise bezeichnet worden sind, die sich an Besatzungskriminalität beteiligt haben.

2. Der Beschlagnahme, Weisung, Verwaltung und Aufsicht oder sonstigen Kontrolle der administrativen Regierungen der Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs ist auch Vermögen unterworfen, über das durch Ausübung von Zwang verfügt worden ist oder das dem berechtigten Eigentümer oder Besitzer unrechtmäßig entzogen worden ist oder das in Gebieten außerhalb des Deutschen Reichs geplündert oder erbeutet worden ist. Unerheblich ist es in dieser Beziehung, ob solche Verfügung oder Entziehung auf Gesetz beruht oder auf Verfahren, die sich angeblich im Rahmen des Gesetzes halten oder auf sonstiger Grundlage.